

seiner Pläne rechnen durfte. Jedoch fanden die sächsischen Vorschläge nur wenig Gegenliebe.

Rechberg hatte zwar der sächsischen Regierung zu verstehen gegeben, daß er ein „entschiedenes Gegenwirken“ gegenüber den Reformbestrebungen für notwendig hielt, ein Vorgehen des Bundes aber lehnte er ab. Er befürchtete, daß das Ansehen desselben dadurch noch mehr leiden könnte. Es war keineswegs zu erwarten, daß Preußen sich Gegenmaßregeln des Bundes anschließen würde. Wenn es vielleicht auch die Bestrebungen nicht befürwortete, so war doch damit noch nicht gesagt, daß es ihnen entgentreten würde. Ohne Mitwirkung Preußens aber würden die Verhandlungen nur ein willkommenes Schauspiel der Unsicherheit und des Unvermögens des Bundes darbieten. Rechbergs Mahnung, den bundesfeindlichen Tendenzen entgentreten, hätte nicht eine Aktion des Bundes, sondern vielmehr die Tätigkeit der einzelnen Regierungen im Auge gehabt und zwar eine feste und übereinstimmende Sprache der Regierungsorgane und der konservativen Presse, namentlich in den deutschen Mittelstaaten, „die vorzüglich den Beruf haben, das föderative Prinzip und ihre eigene neben Österreich und Preußen ebenbürtige nationale Bedeutung gegenüber den preußisch-unitarischen Bestrebungen geltend zu machen“. Wollte Rechberg damit die Mittelstaaten zum Zusammenschluß gegen die Einheitsbewegung anregen und so ein Bollwerk gegen die drohende Gefahr der preußischen Union schaffen? Seine weiteren Ausführungen scheinen diese Frage zu bejahen, wenn er an Stelle „einer allgemeinen im voraus angeregten Repressivmaßregel“ Verabredungen unter den Regierungen über das Einschreiten gegenüber gesetzwidrigen Handlungen der bundesfeindlichen Parteien empfahl.

Der weiteren Anregung des Beust'schen Schreibens, am Bunde Besprechungen über Verbesserungen der Bundesverfassung in Aussicht zu nehmen, zeigte sich Rechberg nicht abgeneigt; nur bat er, Beust möchte „als Minister eines rein deutschen und an der Bundesverfassung festhaltenden Staates.... näher andeuten, welche bestimmte Verbesserungen in den politischen, militärischen (und) judiziellen Einrichtungen... in Berlin in Anregung gebracht und in der öffentlichen Meinung Deutschlands von Österreich und den Mittelstaaten gemeinsam vertreten werden könnten“¹⁴. Offenbar war er doch sehr auf ein gutes Einvernehmen mit dem „dritten Deutschland“ bedacht.

¹⁴ Rechberg an den österr. Geschäftsträger in Dresden am 19. August 1859. Sächs. H. St.